

Für eine nachhaltige Politik im Regionalverband Saarbrücken: Weiterdenken!

Das Wahlprogramm der Grünen für die Wahl zur Saarbrücker Regionalversammlung.

Seit 1984 sind wir Grünen kontinuierlich im Stadtverbandstag und in der ihm nachfolgenden Regionalversammlung Saarbrücken vertreten. Trotz Übermacht und Dauerschlafzustand der beiden großen Parteien hat die grüne Fraktion auch in den letzten Jahren der Politik in der Regionalversammlung wichtige Impulse für mehr Nachhaltigkeit gegeben. Das möchten wir auch in Zukunft so halten. Wir wollen den Regionalverband weiterdenken!

Nachhaltigkeit hat viele Facetten: Neben den urgrünen Schwerpunkten Umwelt, Energie und Mobilität gehören aus unserer Sicht Soziales, Wirtschaft sowie Jugend und Bildung genauso dazu. Für alle Menschen soll der Regionalverband ein lebenswertes und attraktives Umfeld bieten. Dazu muss er sich endlich auch den Herausforderungen von Klimawandel und demographischen Veränderungen ernsthaft stellen und die Chancen der Digitalisierung sinnvoll nutzen. Bürgernähe und Effizienz in der Verwaltung müssen weiter gestärkt werden. Lebendige Demokratie heißt für uns Grüne, dass die politischen Prozesse für die Bürger*innen nachvollziehbar und transparent ablaufen. Wir wollen unsere Region attraktiv gestalten und für nachhaltiges Wachstum und bessere Lebensbedingungen sorgen.

Entgegen dem rot-schwarzen Stillstand setzen wir uns deshalb für eine aktive politische Gestaltung ein. Wir wollen den Regionalverband weiterdenken.

Inhalt

A Umweltschutz und Mobilität weiterdenken 2
B Klimaschutz und Energiewende weiterdenken 4
C Bildung und Digitalisierung weiterdenken 6
D Wirtschaft, Kultur und Tourismus weiterdenken 9
E Politik für alle Menschen weiterdenken 11
F Bürgernähe und Verwaltungseffizienz weiterdenken 17

A Umweltschutz und Mobilität weiterdenken

Wir Grüne setzen uns seit Anbeginn für unsere Umwelt ein. Der Erhalt unserer natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen muss auch im Regionalverband einen größeren Stellenwert bekommen. Wir wollen unsere charakteristischen Landschaften wie den Saarkohlewald, den Warndt, das Saartal oder den Bliesgau mit ihrer vielfältigen Natur- und Kulturräumen für uns und unsere Kinder erhalten. Den andauernden Verlust an Arten und Lebensräumen müssen wir stoppen, die Zerstörung der Landschaft durch Industrialisierung und Zersiedlung verhindern und - wo notwendig - rückgängig machen.

Zu den vielfältigen Belastungen, die der Bergbau in unserer Region verursacht hat, kommt nun der drohende Anstieg des Grubenwassers hinzu. Entgegen der ursprünglichen Pläne, die Ewigkeitslasten aus den Mitteln der RAG-Stiftung zu finanzieren, soll jetzt wegen derer schlechter Finanzausstattung und Ertragslage die Grubenwasserhaltung stufenweise eingestellt werden. Es drohen unabsehbare Folgen wie Hebungen, Vernässungen bis hin zu Gasaustritten und schließlich die mögliche Kontaminierung des Grundwassers in der gesamten Region.

Regionalverband weiterdenken

- Arten- und Naturschutz sowie der ökologische Landbau müssen finanziell stärker gefördert werden. Unserer Forderung nach einer Förderung von Blühwiesen für die Bürger*innen ist der Regionalverband nachgekommen. Wir wollen uns aber weiterhin für die Ausbreitung von Blühflächen im Regionalverband einsetzen.
- Umweltschutz und Nachhaltigkeit müssen stärker im Verwaltungshandeln des Regionalverbandes verankert werden. Wir fordern die Einführung eines Umweltmanagementprogramms (z.B. EMAS), mit dem die Energieverbräuche in den eigenen Liegenschaften stärker kontrolliert und Einsparpotenziale identifiziert werden können.
- Ehrenamtliches Engagement im Natur- und Artenschutz muss stärker gefördert werden.
- Wir Grüne wollen die Biosphäre Bliesgau als wichtigen Beitrag im Rahmen der Regionalentwicklung erweitern.
- Wegen seiner herausragenden Stellung im Regionalverband wollen wir eine nachhaltige Finanzierung für das Bertha-Bruch-Tierheim Saarbrücken sicherstellen und streben einen Konsortialvertrag zwischen dem Tierheim, dem Regionalverband und den Kommunen an. Zudem wollen wir Tierschutzaktionen wie Katzenkastrationsaktionswochen mit Tierärzten und Tierschutzfeste unterstützen.
- Es muss verhindert werden, dass es durch Einstellung der Grubenwasserhaltung zu Hebungen, Verwerfungen oder gar zu einer Verseuchung des Grundwassers kommt. Die ordnungsgemäße Wasserhaltung muss kontinuierlich wissenschaftlich begleitet und überwacht werden. Bei allen

Maßnahmen, die zur Hebung des Grubenwasserpegels führen, ist strikt auf deren Rückholbarkeit zu achten. So muss es stets möglich sein, Pumpen auch in bereits gefluteten Bereichen wieder in Betrieb zu nehmen.

- Der Weiterbetrieb des nuklearen Pannen- und Schrottmeilers in Cattenom stellt die zurzeit größte Gefahr für Umwelt und Menschen in der Großregion dar. Auf allen politischen Ebenen - auch auf der des Regionalverbands - gilt es allen Einfluss auf unsere französischen Nachbarn geltend zu machen, damit Cattenom zeitnah endlich vom Netz geht.

Wir Grüne wollen die Verkehrswende – auch und gerade im Regionalverband mit seiner besonderen Siedlungsstruktur und seinen ausgeprägten Pendler*innenströmen. Neue, vernetzte, nachhaltige Mobilität fängt in unseren Kommunen an. Unsere Städte und Gemeinden sollen lebenswerte öffentliche Räume werden, in denen es ausreichende und sichere Bewegungsfreiheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen gibt. Vor allem die klimafreundlichen Verkehrsteilnehmenden wie Fußgänger*innen, Radfahrer*innen oder die Nutzer*innen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) müssen und werden eine größere Rolle im Verkehrsbereich spielen.

Wir Grüne machen uns stark für eine bezahlbare, multimodale und klimafreundliche Mobilitätskultur und treten für nachhaltige Konzepte ein, bei denen die verschiedenen Verkehrsträger ökologisch sinnvoll vernetzt werden. Wir wollen erreichen, dass das Angebot des ÖPNV im Regionalverband erheblich ausgebaut wird – im Interesse der Menschen, des Umweltschutzes und auch der Wirtschaft. Die Angebote müssen deutlich besser als bisher vernetzt werden, die verschiedenen Akteur*innen müssen enger und konstruktiv zusammenarbeiten. Ziel muss die Übernahme der Aufgabenträgerschaft durch den Regionalverband Saarbrücken sein. Zudem muss ein neuer Nahverkehrsplan breit diskutiert und Verbände und Öffentlichkeit miteinbezogen werden, so dass das Verfahren transparenter wird.

Ein Verkehrsentwicklungsplan für den Regionalverband ist notwendig. Dieser reflektiert die immer größer werdende Bedeutung der Zubringerverkehre zu den Städten und ordnet die Binnenverkehre neu. Das gilt gleichermaßen für den öffentlichen wie auch den Individualverkehr.

Die Zuständigkeit des Regionalverbandes für die Schulen erlaubt Maßnahmen für die Stärkung der Radnutzung von Schüler*innen und Lehrer*innen der weiterführenden Schulen. Durch eine abgestimmte Schulwegplanung und attraktive Radabstellanlagen können mehr Schüler*innen sicher zur Schule kommen.

Regionalverband weiterdenken

- Alle Verkehrsträger müssen weit besser als bisher miteinander vernetzt werden. Nur so kann auch der ÖPNV attraktiver und schneller werden.

- Wir engagieren uns für Projekte, die Car-Sharing, mobile Mitfahrnetzwerke und attraktive Park & Ride Anlagen miteinander verbinden.
- Unsere Kommunen müssen fahrradfreundlicher werden. Wir wollen die Lücken im Flickenteppich des Radwegenetzes im Regionalverband schließen. Nicht nur der touristische, sondern vor allem der Alltagsradverkehr muss durch eine zeitgemäße und ausreichende Radinfrastruktur stärker gefördert. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung in und mit der Landeshauptstadt sowie den umliegenden Kommunen. Wir fordern, dass der Radverkehrsplan endlich umgesetzt wird.
- Alle Schulen müssen mit überdachten, modern gestalteten und in sicherer Lage befindlichen Radabstellanlagen ausgestattet werden.
- Radwegepläne, die zu den Schulen führen, sind zu entwickeln. Sie sollen in Arbeitsgruppen mit Schulvertreter*innen, der Schülerschaft, Eltern, der Gemeinde und eventuell mit dem Landesamt für Straßenbau definiert werden. Notwendige Maßnahmen können Fahrradstraßen, Errichtung oder Verbreiterung von Radstreifen oder auch eine separate Radverkehrsführung sein.
- Wir müssen den ÖPNV im Gebiet des Regionalverbands neu organisieren, so dass mittelfristig nur noch ein Aufgabenträger für den ÖPNV im Regionalverband zuständig ist. Drei unterschiedliche Strukturen sorgen für ständige Konflikte und verhindern eine Optimierung des Angebots.
- Auch bei der Schaffung von Park+Ride-Plätzen soll der Regionalverband eine aktivere Rolle spielen.
- Wir treten für eine langfristige Sicherung der Nachtbusse ein, um jungen Menschen den gefahrlosen Heimweg, insbesondere an Wochenenden, zu ermöglichen. Die Nachtbusse sollen in das Tarifsystem integriert werden und mit gültigen Zeitkarten benutzt werden können.
- Die Finanzausweisungen des Landes für den Nahverkehr müssen dringend erhöht werden.
- Der Regionalverband soll sich beim Land für die Reaktivierung der Rosseltalbahn auf der Strecke Saarbrücken-Hbf - Messe - Fürstenhausen - Völklingen - Geislautern - Großrosseln einsetzen.
- Um die Möglichkeiten für weitere Reaktivierungen zu erhalten, soll der Regionalverband die Trassen auf seinem Gebiet erhalten. Dies kann z.B. durch ein Trassensicherungskonzept beschlossen werden.

B Klimaschutz und Energiewende weiterdenken

Der Klimawandel bedroht unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Er macht sich jetzt schon bemerkbar durch steigende Temperaturen, längere Dürreperioden mit fatalen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und heftigen Starkregenereignissen wie im vergangenen Jahr in der Gemeinde Kleinblittersdorf. Damit verbunden sind

menschliche Tragödien und hohe volkswirtschaftliche Schäden. Praktischer Klimaschutz ist am Ende nicht kostspielig – langfristig gilt das Gegenteil: Der Einsatz von Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und bessere Nutzung nationaler und europäischer Förderprogramme senken nicht nur die immensen Ausgaben des Regionalverbandes. Klimaschutz ist ein durchdachtes und höchst effizientes Förderprogramm für den Mittelstand in der Region. Er schafft und sichert in zunehmendem Maß Arbeitsplätze.

Mit der Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms hat der Regionalverband eine unserer wesentlichen Forderungen endlich vollzogen. Aber leider werden die dort vorgeschlagenen Maßnahmen fast vollständig ignoriert. Zunächst wurde der Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung im Regionalverband unnötiger Weise von 650 auf 800 Meter erweitert, was zur Folge hat, dass die im Klimaschutzkonzept festgelegten Klimaziele nicht mal annähernd erreicht werden können. Die im Konzept als sinnvoll erachteten und bis zu 90 Prozent geförderten Stellen von Klimaschutzmanager*innen sind nach wie vor nicht umgesetzt worden. Sämtliche Anträge von uns Grünen, die energetische Gebäudesanierung der regionalverbandseigenen Liegenschaften zu verstärken, zudem Photovoltaik-Anlagen auf die zahlreichen Gebäude des Regionalverbandes zu installieren oder zumindest ein Umweltmanagementsystem einzuführen, wurden abgelehnt. Oft können Fördermittel für energetische Sanierungen nicht abgerufen werden, weil Projektbetreuer*innen und Planer*innen fehlen. Hier muss der Regionalverband auch in eigenes Personal investieren.

Echter Klimaschutz ist mit SPD und CDU im Schloss nicht möglich. Mit einem stärkeren Engagement für Energieeffizienz könnte der Regionalverband u.a. als einer der größten Schulträger im südwestdeutschen Raum eine Vorreiterrolle für die angeschlossenen Städte und Gemeinden, aber auch für alle hier lebenden Bürger*innen und für die ansässigen Unternehmen übernehmen.

Regionalverband weiterdenken

- Wir setzen uns für die Einführung eines modernen Umweltmanagementsystems (EMAS) im Regionalverband ein. Damit können energetische Schwachstellen in den Gebäuden des Regionalverbandes identifiziert und Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet werden. Dazu gehören die Ausrüstung der regionalverbandseigenen Immobilien mit energieeffizienten Heizungs- und Beleuchtungsanlagen und die Förderung regenerativer Energieformen. Solche rentablen Investitionen sind auch und gerade in Zeiten knapper Kassen vordringlich durchzuführen.
- Die Unterlassungssünden der letzten Jahre haben zu einem immensen Investitionsstau geführt. Vereinzelt gefährden Bauschäden bereits Leib und Leben der Nutzer*innen. Konservative Schätzungen beziffern den Nachholbedarf auf mehr als 30 Millionen Euro. Wir treten deshalb für ein

nachhaltiges Investitionsprogramm ein, mit dem insbesondere die Schulgebäude im Regionalverband energetisch und baulich saniert werden.

- Regenerative Energie muss auch im Regionalverband ihren angemessenen Raum finden. Wir wollen dafür sorgen, dass bestehende Planungen zur Nutzung von Windkraft (alte Abstandsregelung) und Solarenergie umgesetzt werden. Der notwendige Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen kann jedoch nur in einem ehrlichen Dialog mit der Bevölkerung vor Ort gelingen.
- Immer mehr Haushalte sind nicht in der Lage ihre Stromrechnung zu bezahlen – ihnen droht die Stromabschaltung. Wir Grüne setzen uns im Dialog mit den Stromversorgern und dem Jobcenter dafür ein, dass hier andere Lösungen gefunden werden. Dazu gehört insbesondere der Ausbau von Beratungsangeboten wie der Stromspar-Checks.
- Energetische Gebäudesanierung: Zusammen mit dem Land soll der Regionalverband ein echtes Gebäudesanierungsprogramm mit ausreichendem finanziellem Volumen aufgesetzt werden, mit dem die Gebäudeeigentümer*innen eine umfassende Sanierung ihrer Gebäude erreichen können.
- Der Regionalverband muss einen stärkeren Fokus auf die Folgen des Klimawandels legen und das Forschungsprogramm des Instituts für ZukunftsEnergie und Stoffstromsysteme (IZES) weiterführen.

C Bildung und Digitalisierung weiterdenken

Der Regionalverband ist einer der größten Schulträger im Südwesten Deutschlands. Das bietet ihm viele Gestaltungschancen, bedeutet zugleich aber auch eine große Verantwortung. Umso erschrockener waren wir, als Anfang 2018 die unhaltbaren Zustände an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese und in weiteren Schulen im Regionalverband Saarbrücken öffentlich bekannt wurden. Vor diesem Hintergrund haben wir im Frühjahr 2018 in einer großen Umfrage Schulleiter*innen, Eltern und Schüler*innen befragt, um uns ein besseres und vor allem auch unabhängiges Bild über die jeweilige Situation an den Schulen machen zu können. Zudem haben wir auch zahlreiche persönliche Gespräche mit Schulleiter*innen, Personalräten und betroffenen Schüler*innen geführt. Die Ergebnisse haben viele strukturelle Probleme an den Schulen offenbart. Deswegen haben wir konkrete Forderungen an den Regionalverband Saarbrücken als Schulträger für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen gestellt. Wir finden: Der Regionalverband hat als Schulträger die gesetzliche Pflicht, die erforderlichen Schulgebäude und Anlagen zu errichten, mit den notwendigen Lehrmitteln, Bibliotheken, Mediatheken und Einrichtungen auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten. Zudem muss der Regionalverband das erforderliche Verwaltungspersonal zur Verfügung stellen und grundsätzlich die Sachkosten für den Schulbetrieb tragen.

Unseren Kindern und Jugendlichen muss in den Schulen Rückenwind gegeben werden, um sie zu möglichst guten, qualifizierten Abschlüssen zu führen. Die Stärkung des gemeinsamen und störungsfreien Lernens, die Umsetzung des Elternwillens, die Bildungsbiografien unserer Kinder und Jugendlichen sollen im Mittelpunkt stehen.

Wichtige Voraussetzungen für ein gelingendes Miteinanderlernen in der Schule sind auch kleinere Lerngruppen und multiprofessionelle Teams aus Sozialarbeiter*innen, Fachlehrkräften, Sprachförderlehrkräften, Schulpsycholog*innen. Sie werden benötigt, um den Anforderungen der heterogenen Lerngruppen gerecht zu werden und ein inklusives Lernen zu ermöglichen.

Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der UN-Konvention „Inklusion“ ein, so dass allen Kindern sämtliche Regeleinrichtungen des Regionalverbandes barrierefrei offenstehen.

Angesichts schwankender Schülerzahlen stellt sich die Frage nach einer intelligenten Anpassung der Schullandschaft. Jetzt gilt es für den Regionalverband und seine Kommunen Konzepte zu entwickeln, die demografiefest sind, einen effizienten Einsatz öffentlicher Mittel erlauben und faire Bildungschancen für alle Kinder bieten. Dringend muss auch der bestehende Investitionsstau bei den Schulgebäuden abgebaut werden. Der Einsatz moderner Medien und neuer Informationstechniken muss forciert werden, um unsere Schüler*innen auf die Anforderungen sich schnell verändernder Standards im Berufsleben vorzubereiten. In der Bildung spielt die Digitalisierung eine tragende Rolle: Schulen müssen nicht nur mit schnellem Internet ausgestattet werden, sondern auch eine digitale Lernplattform zur Verfügung stellen.

Regionalverband weiterdenken

- Wir setzen uns dafür ein, dass ein wohnortnahes Angebot an weiterführenden Schulen bestehen bleibt. Wenn ein selbstständiger Standort nicht zu halten ist, müssen vor Ort kreative Lösungen gefunden werden, die einen wohnortnahen Schulbetrieb auch mit weniger Kindern ermöglichen.
- Wir wollen an jeder Schule des Regionalverbandes mindestens eine feste ganze Stelle für eine*n Schulsozialarbeiter*in installieren, an größeren Schulen zwei bis drei.
- Der Regionalverband muss für ein verbessertes Raumangebot an den Schulen sorgen, insbesondere zeitgemäße Klassenräume, ausreichend Differenzierungs- und Funktionsräume. Notwendige Neubaumaßnahmen dürfen kein Tabu sein.
- Wir möchten einen Medienentwicklungsplan, in dem Bedarfe ermittelt, Planungsschritte skizziert, Arbeitsschritte reflektiert, Fördermöglichkeiten geprüft und der Regionalversammlung jährlich berichtet wird.
- Die Schulen benötigen eine moderne Lern- und Arbeitsmittelausstattung. Daher soll in diesem Zusammenhang eine zentrale Lernmittelstelle für alle

Schulen geprüft werden, insbesondere um besonders teure und selten genutzte Lernmittel gemeinsam vorzuhalten.

- Wir wollen mit einem Masterplan „Barrierefreie Schulgebäude“ zügig für durchgehende Barrierefreiheit sorgen. Insbesondere Rampen-Lösungen müssen möglichst kurzfristig forciert werden.
- Die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztagsschulbetrieb bzw. für die Nachmittagsbetreuung in allen Schulen müssen unverzüglich in die Wege geleitet werden.
- Der Regionalverband muss bessere Möglichkeiten zur professionellen Unterstützung von Lehrer*innen im Bereich der Digitalisierung schaffen.
- Wir setzen uns außerdem für einen digitalen Masterplan für die weiterführenden Schulen in Saarbrücken ein. Unseren Nachwuchs im kompetenten Umgang mit dem Internet und modernen Medien zu schulen, ist in Zeiten der Digitalisierung eine Voraussetzung für den weiteren Schulweg und einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Der Masterplan soll gewährleisten, dass bis spätestens zum Schuljahr 2021/2022 alle Schulen in der Trägerschaft des Regionalverbands an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen sind. Außerdem müssen mit Unterstützung der Mittel aus dem Digitalpakt veraltete Rechner gegen moderne Geräte ausgetauscht werden und die Schulen brauchen einen WLAN-Zugang für Schüler*innen und Lehrpersonal. Weiterhin soll der Masterplan die Ausarbeitung moderner Medienkonzepte enthalten, die in den täglichen Unterricht einfließen sollen.

Digitalisierung ist das Schlagwort der letzten Jahre – egal ob Bildung 4.0, Industrie 4.0 oder Kommunal 4.0. Das Saarland hat mit seiner Universität und den angegliederten Instituten und Unternehmen großartige Voraussetzungen eine Vorreiterrolle einzunehmen und lässt sich meist ungenutzt verstreichen. Hier muss der Regionalverband aktiv werden und alle Akteure zusammenbringen.

Seit Monaten wird öffentlich über den 5G-Ausbau in Deutschland diskutiert. Jedoch ist dies nur ein kleiner – wenn auch wichtiger – Teil der aktuellen Digitalpolitik. Die Verwaltung im Regionalverband muss digitaler werden und einen einfachen und schnellen Austausch auf digitalem Wege ermöglichen – mit den Bürger*innen, aber auch zwischen den Rathäusern der einzelnen Kommunen. Hier muss der Regionalverband eine leitende Rolle einnehmen, um sich auf gemeinsame Standards zu verständigen. Im Jahr 2018 haben nur 59 % der Bürger*innen angegeben, innerhalb der letzten 12 Monate das Internet genutzt zu haben, um mit Behörden zu kommunizieren. Da 95 % der saarländischen Haushalte einen privaten Internetzugang besitzen, gibt es hier noch sehr viel Potenzial um die Bürger*innen, aber auch die Bürgerämter zu entlasten. Dies gilt vor allem für die elektronische Formularübermittlung. Hier muss der Regionalverband gegensteuern.

In den ländlicheren Bereichen des Regionalverbands wie etwa in Ludweiler, Kleinblittersdorf oder auch Bübingen stehen nur 50-75 % der Haushalte eine drahtlose

Internetverbindung von mehr als 6 Mbit/s zur Verfügung. Hier passen Realität und politische Diskussion nicht zusammen und führen zu einer digitalen Diskriminierung der Bürger*innen, die außerhalb des Kernstadtgebiets wohnen. Dieses Stadt-Land-Gefälle ist nicht akzeptabel und muss möglichst schnell angegangen werden, um allen Bürger*innen im Regionalverband die gleichen Chancen zu eröffnen.

Regionalverband weiterdenken

- Wir fordern ein Angebot für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene, das den sicheren Umgang mit den eigenen Daten erklärt und unterstützt.
- Der Regionalverband muss die Kommunen beim Beantragen möglicher Fördermittel für den Breitbandausbau vor allem im ländlicheren Raum unterstützen.
- Wir setzen uns für den Ausbau des freien Internets im öffentlichen Raum ein, um regionale Defizite innerhalb des Regionalverbands auszugleichen.
- Wir fordern die Umsetzung elektronisch übermittelbarer Dokumente und Formulare und deren Bekanntmachung sowie die barrierefreie Bereitstellung öffentlicher Daten auf Ebene des Regionalverbands.
- Das E-Government-Gesetz zur digitalen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kommunen des Regionalverbandes muss dringend umgesetzt werden.

D Wirtschaft, Kultur und Tourismus weiterdenken

Moderne Standortpolitik setzt auf den Dreiklang „Talente, Technologie und Toleranz“: Innovative Branchen und kreative Köpfe siedeln sich vorzugsweise dort an, wo sie ein attraktives, spannendes und anregendes kulturelles Umfeld vorfinden. Eben dieses Umfeld gilt es für den Regionalverband zu pflegen und sich so im Wettbewerb der Regionen zu profilieren. Gerade im Regionalverband gibt es einige StartUps mit viel Potenzial am Markt. Diese müssen weiterhin konsequent unterstützt werden - nicht nur in Form von Geld, sondern durch ein attraktives Angebot in Coworking Spaces mit entsprechender Infrastruktur. Solche müssen gut an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden, mit schnellem Internet und auch mit Möglichkeiten zu einer konstruktiven Mittagspause ausgestattet sein. Durch Meetups und ähnliche Veranstaltungen in diesen Räumen kann die Szene vernetzt und der Standort gestärkt werden.

Der Regionalverband muss von seiner Lage im deutsch-französischen Grenzgebiet weit stärker als bisher profitieren, wenn er sich als Teil der Großregion begreift und vermarktet. Es gilt die weichen Standortfaktoren zu stärken, das Kultur- und Bildungsangebot auszuweiten und Synergien mit den Nachbarregionen besser zu nutzen. Gerade das Potenzial der Universität der Großregion wird weiterhin nicht

vollständig ausgeschöpft. Es bleibt kompliziert, in bestimmten Situationen Fahrkosten erstattet zu bekommen. Hier muss sich der Regionalverband dafür einsetzen, dass es für Studierende einfacher wird, an Veranstaltungen der verschiedenen Universitäten teilzunehmen - etwa durch Bereitstellung eines Ticketkontingents im Voraus statt der Erstattung nach der Fahrt.

Auch im Tourismus liegt bisher zu wenig genutztes Zukunftspotenzial. Der Regionalverband Saarbrücken muss seine Sehenswürdigkeiten und Attraktionen besser touristisch vermarkten. Die geplante Tourismusstrategie ist der richtige Weg, der aber nur dann funktionieren kann, wenn die saarländische Geschichte, Industriekultur und Landschaftsschutz Hand in Hand gehen. Die Verbesserung der touristischen Infrastruktur, das Herausstellen von Stärken wie Gastronomie, Kulturlandschaft und regionalem „Savoir Vivre“ sollen den sanften Tourismus in der Region weiterentwickeln. Hierzu gehört ein konsequenter Ausbau des Radwegenetzes.

Regionalverband weiterdenken

- Weiterbildung und berufliche Bildung sind unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche und moderne Standortpolitik. Die Volkshochschule muss gesichert und gestärkt, eine gute finanzielle Ausstattung und ein modernes Raumangebot müssen gewährleistet werden.
- Gleichzeitig müssen größere Anstrengungen im Bereich einer nachhaltigen Ansiedlungspolitik und Standortförderung unternommen werden. Eine mit Nachdruck vorangetriebene Konversion ehemaliger Bergbauflächen böte große Potenziale für innovative Branchen.
- Kleine und mittlere Unternehmen bedürfen der besonderen Unterstützung des Regionalverbands.
- Der Regionalverband Saarbrücken ist auch Standort vieler landwirtschaftlicher Produktionsbetriebe. Bäuerliche Direktvermarktung und naturnahe Produktion müssen verstärkt gefördert werden. Die Produkte aus der Region müssen zu einem Markenzeichen werden. Der Regionalverband muss weiter gentechnikfrei bleiben.
- Weiteren Kürzungen und Einschränkungen im Kulturbereich muss entschieden entgegengetreten werden. Der Regionalverband Saarbrücken muss im Gegenteil sein kulturelles Angebot nicht nur im Sinne der Daseinsvorsorge, sondern auch als Standortfaktor ausbauen und sein Profil weiter schärfen.
- Wir wollen ein Kulturfonds aufsetzen, mit dem junge Nachwuchskünstler*innen finanziell am Beginn ihrer Karriere unterstützt werden.
- Insbesondere die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Kultur muss weiter ausgebaut werden.
- Weiterentwicklung des sanften Tourismus durch als nachhaltig zertifizierte Betriebe, Ausbau einer zeitgemäßen Radinfrastruktur und Schaffung attraktiver Tourismusprodukte.

E Politik für alle Menschen weiterdenken

Kita und frühkindliche Bildung für einen guten Start

Kinder sind das Fundament unserer gesellschaftlichen Zukunft. Wir wollen für sie und gemeinsam mit ihnen und ihren Eltern unsere Städte und Gemeinden im Regionalverband familienfreundlich gestalten, damit Kinder sicher und gesund aufwachsen können und es ihren Müttern und Vätern möglich ist, Familie und Berufsleben miteinander zu verbinden.

Wir Grünen haben uns mit Erfolg für die Einführung eines Kita-Navigators eingesetzt, mit dem nun Transparenz für Eltern und Planer hergestellt werden kann.

Kitas müssen Bildungsorte sein, in denen unsere Kinder Gemeinschaft erleben, ungeachtet der Herkunft ihrer Eltern, und in denen ihre Neugier sowie ihre Entdeckerfreude gefördert werden. Wo wir es können, forcieren wir eine so verstandene Qualitätsoffensive.

Wir Grünen haben uns mit Erfolg für die Einführung eines Kita-Navigators eingesetzt, mit dem nun Transparenz für Eltern und Planer hergestellt werden soll.

Regionalverband weiterdenken:

- Die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze im Regionalverband muss noch spürbar gesteigert werden, um Eltern und Alleinerziehenden ein ausreichendes Angebot vor Ort zur Verfügung zu stellen.
- Die Qualität und Bezahlung von sozialpädagogischem Fachpersonal ist uns wichtig. Tagesmütter und -väter müssen endlich ihrer Leistung entsprechend entlohnt werden – auch um diesen Beruf attraktiver zu machen.
- Inklusion wollen wir mit dem nötigen qualifizierten Fachpersonal im Kita-Alltag energisch umsetzen.
- Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf ist vor allem im Zeichen des Fachkräftemangels sicherzustellen. Flexibilität von Seiten der Einrichtungen und vielfältige Angebote sind gefordert. Auch die Möglichkeit der Förderung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen soll geprüft werden. Neben der finanziellen und organisatorischen Entlastung der Träger profitieren auch die Eltern von der besseren Zugänglichkeit zu arbeitsortnahen Betreuungsplätzen. Arbeitgebende Institutionen würden bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik unterstützt.
- Wir fordern die Durchführung eines Familienaudits im Regionalverband.

Angebote für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind neugierig, wissensdurstig, experimentierfreudig und begeisterungsfähig. Sie haben unterschiedliche Begabungen, Talente, Vorlieben und verschiedene Ausgangslagen. Kinder und Jugendliche sind individuelle

Persönlichkeiten. Aufgabe aller Bildungsorte und -einrichtungen ist es, diese Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Unterschiedlichkeit zu fördern. Gerade in den „sozialen Brennpunkten“ des Regionalverbandes werden Kinder und Jugendliche regelmäßig mit Gewalt, Sexualisierung sowie weichen und harten Drogen konfrontiert. Frühzeitig einsetzende Prävention gibt den jungen Menschen Halt und Stütze, lehrt Toleranz und beugt aufwändigen Jugendhilfemaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt vor. Vor allem Gemeinden, die finanziell und personell stark unterversorgt sind, müssen in Zukunft ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder und Jugendliche haben. Da sich die Anforderungen an die offene Kinder- und Jugendarbeit geändert haben, bedarf es entsprechender Anpassungen. Für uns bedeutet dies, dass insbesondere die aufsuchende und mobile Kinder- und Jugendarbeit gestärkt werden muss.

Förderangebote im (vor-)schulischen Bereich sollen gemeinsam mit den kommunalen Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen erarbeitet werden, um den Übergang von Kita/Kiga in die Grundschulen bzw. in die weiterführenden Schulen für alle Kinder möglichst problemfrei zu gestalten. Hierzu zählt auch der Zugang zu Sprachförderangeboten, um Defizite in der deutschen Sprache früh aufzufangen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen.

Außerdem soll die politische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Aktuelle Entwicklungen (Fridays for Future, Pulse of Europe) zeigen, dass diese Altersgruppe keineswegs unpolitisch ist, sondern die Themen, die für sie besonders relevant sind, von der etablierten Politik bisher zu sehr vernachlässigt wurden. In Form von Jugendräten könnten Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen mitwirken und sich Gehör verschaffen.

Regionalverband weiterdenken:

- Beispielhaft für eine Vielzahl von Aktivitäten setzen wir uns für die langfristige Sicherung des Café Exodus in Saarbrücken sowie der örtlichen Jugendzentren ein.
- Kinder und Jugendliche brauchen mehr Platz im öffentlichen Raum, jeder Stadtteil braucht ausreichende Spielmöglichkeiten für Kinder und Freizeitflächen für Jugendliche. Wir Grüne haben daher den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bolz- und Spielplätzen im gesamten Regionalverband im Fokus. Wir wollen aber auch weitere Flächen, auf denen Jugendliche Street Art und Graffiti legal betreiben dürfen. Ihre Kreativität macht unseren Regionalverband bunter und schöner.
- Wir Grüne fordern ein Budget für die freie Jugendhilfe, mit dem innovative Projekte zur kulturellen, künstlerischen und sportlichen Freizeitgestaltung oder zur Gesundheitserziehung und Gendergerechtigkeit finanziert werden können. Wir benötigen im Regionalverband ein Mehr an differenzierten, offenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen als nichtkommerzielle Orte, in denen sich

kindliche und jugendliche Fantasie, Kreativität, Selbstwirksamkeit und Selbsterfahrung frei entwickeln können.

- Wir möchten Jugendräte im Regionalverband etablieren.
- Wir wollen den Zugang zu Sprachförderangeboten für (Vor-)Schüler erleichtern.

Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe

100 Jahre ist es her, dass Frauen in Deutschland zum ersten Mal ihre Stimme bei einer Wahl abgeben durften. Bis heute sind Frauen in der Politik jedoch stark unterrepräsentiert, besonders in der Kommunalpolitik. Um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu ermöglichen, müssen Themen, die überwiegend Frauen betreffen, stärker in den Fokus des politischen Diskurses rücken. Strukturelle Rahmenbedingungen, die eine zusätzliche organisatorische Belastung zu beruflichen und familiären Verpflichtungen schaffen und somit eine Hürde für die politische Mitwirkung darstellen, müssen ebenfalls abgebaut werden.

Für Frauen ist ihr eigenes Zuhause leider nicht selten ein gefährlicher Ort. Jeden dritten Tag wird eine Frau Opfer ihres Partners oder Ex-Partners. Anlaufstellen wie Frauenhäuser sind meist unterfinanziert und überlastet. Der Regionalverband muss sich dafür einsetzen, dass jeder Frau, die Opfer von häuslicher Gewalt wurde, Hilfe angeboten werden kann und sie nicht aus Platz- oder Personalmangel abgewiesen werden muss.

Ein großes Tabuthema ist immer noch, dass auch Männer Opfer häuslicher Gewalt werden. Um sich jemandem anzuvertrauen und Hilfe zu finden, müssen große Hürden überwunden werden; die Scham ist oft groß, offizielle Anlaufstellen gibt es keine. Auch hier besteht Nachholbedarf im Regionalverband. Entsprechende Hilfsangebote müssen eingerichtet werden.

Altersarmut ist vor allem weiblich. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege muss in den Fokus rücken. Randzeiten in Kitas und Grundschulen müssen bedarfsgerecht ausgebaut sowie alternative Betreuungsmöglichkeiten (Tagespflegeplätze oder betriebliche Kindertagesstätten) öffentlich gefördert werden. Außerdem ist Parität im öffentlichen Dienst (insbesondere Führungspositionen) anzustreben, die vollständige Umsetzung und eine Erweiterung des Frauenförderplans ist dringend erforderlich. Auch eine frühzeitige geschlechtersensible Berufsberatung in weiterführenden Schulen ist notwendig, um überholte Geschlechterrollen endgültig zu überwinden.

Im öffentlichen Raum wird die Betreuung von Kindern meist nur Frauen zugeordnet, weshalb die hierfür nötige Infrastruktur häufig nur für Frauen zugänglich ist, z.B. Wickeltische in Damentoiletten. Der Regionalverband muss sicherstellen, dass entsprechende Strukturen allen Betreuungspersonen offenstehen.

Regionalverband weiterdenken

- Wir Grüne setzen uns dafür ein, bei Entscheidungen in einzelnen Politikfeldern des Regionalverbandes im Sinne des Gender-Ansatzes als Querschnittsaufgabe stets mit zu prüfen, ob dort im Einzelfall Verbesserungen möglich sind. Dies gilt sowohl für regionalverbandsinterne Entscheidungen (Einstellungen, Aufstiegsmöglichkeiten etc.) wie auch für externe Maßnahmen.
- Wir unterstützen ferner ausdrücklich die bestehenden Frauenprojekte und Beratungsstellen wie z.B. Nele oder Aldona (ehemals Hurenselbsthilfe) und setzen uns vehement für eine Fortsetzung ihrer Arbeit ein.
- Wir wollen eine bessere Ausstattung und Förderung von Anlaufstellen und Hilfeangeboten von Frauen und Männern, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind.
- Wir setzen uns für eine Erweiterung und vollständige Umsetzung des Frauenförderplans sowie mehr Frauen in öffentlichen Ämtern im Regionalverband ein.
- Es gilt Hilfestellung für Frauen bei der Wiedereingliederung am Arbeitsmarkt nach der Familienphase zu leisten.
- Wir unterstützen Projekte, die Frauen wie Männer dabei unterstützen, Beruf, Karriere und Familie besser zu vereinbaren.

Senior*innen

Es ist gut, dass die Menschen im Regionalverband immer älter werden und dabei länger gesund und aktiv bleiben. Die Teilhabe am öffentlichen Leben und Selbstbestimmung bei der Gestaltung des eigenen Lebens darf jedoch nicht enden, wenn Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit auftreten. Zu einem guten Leben bis ins hohe Alter hinein tragen ein engagiertes Miteinander aller Generationen, altersgerechte Wohnmöglichkeiten, barrierearme Nahversorgung und eine gute Versorgungs- und Pflegeinfrastruktur bei.

Uns Grünen ist daran gelegen, dass alle Generationen im Miteinander ihr Lebensumfeld gestalten können. Hierzu bedarf es öffentlicher Begegnungsräume für Jung und Alt sowie deren Teilhabe bei der Quartiersgestaltung. Wir unterstützen das generationenübergreifende Zusammenleben.

Gerade ältere Menschen wollen nicht nur Empfänger von Hilfe sein. Sie können und wollen sich auch selbst einbringen mit ihren Lebenserfahrungen, ihren Kompetenzen und weiteren Möglichkeiten. Dies zeigen die gute Entwicklung der Seniorennetzwerke oder Vorleseinitiativen älterer Menschen zur Sprachförderung und Integration von Kindern unterschiedlicher Herkunft. Diese Entwicklung werden wir weiter vorantreiben.

Auch im hohen Alter und bei Pflegebedürftigkeit wollen und sollen Menschen

selbstbestimmt und in höchstmöglicher Selbstständigkeit leben. Wir unterstützen daher Wohnformen und ambulante Pflegestrukturen, die dies ermöglichen. Hierzu zählen für uns Mehrgenerationenwohnprojekte, Seniorenwohngemeinschaften und wohnortnahe kostengünstige Versorgungsangebote in allen Gemeinden des Regionalverbandes.

Regionalverband weiterdenken

- Wir wollen das Angebot an betreutem Wohnen in den Ortskernen ausbauen. Es muss den Menschen möglich gemacht werden, dort in Würde alt zu werden, wo sie aufgewachsen sind und ihr bisheriges Leben verbracht haben.
- Es gilt die interkulturelle Seniorenarbeit in den bestehenden und neu zu schaffenden Einrichtungen auszubauen.

Integrationspolitik

Wir Grünen treten ein für eine tolerante Region, in der alle gut miteinander leben können und in der die bestehende Vielfalt konstruktiv zum Wohle aller genutzt wird.

Eine moderne und offene Gesellschaft ist ohne Integration nicht möglich. Deshalb brauchen wir mehr Sprachförderung vor allem für ausländische Jugendliche, mehr Austausch und mehr Begegnung der Kulturen. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten und Kulturen braucht eine Öffnung der Altenhilfe und Pflege für interkulturelle Ansätze.

Wir Grüne machen uns seit vielen Jahren für eine gelebte Gleichstellung stark. Dabei geht es um die Integration von Menschen in all ihrer Vielfalt – Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Kulturkreise, unterschiedlichen Geschlechts, unterschiedlicher sexueller Orientierung und unterschiedlicher Fähigkeiten. Diese Vielfalt gilt es zum Wohle aller nutzbar zu machen.

Um die Integration von neu zugewanderten Personen zu stärken, werden bedarfsgerechte Angebote für verschiedene Alters- und Zielgruppen benötigt. Neben der sprachlichen Integration sollen hierbei vor allen Dingen die soziale und berufliche Integration im Mittelpunkt stehen. Neben Projekten, die auf ehrenamtliches Engagement setzen und bspw. Tandemkonstellationen mit alteingesessenen Saarbrücker Bürger*innen initiieren, müssen auch institutionalisierte Angebote (z.B. an Volkshochschulen) berücksichtigt und ausreichend ausgestattet werden. Programme müssen zielgruppengerecht geplant und ausgearbeitet werden. Besonders die Einrichtung von familienfreundlichen Sprachlernangeboten muss dabei im Fokus stehen. Es darf nicht sein, dass in Familien ein Elternteil - meistens die Mutter - das Nachsehen hat, weil keine ausreichende Kinderbetreuung für die Zeit des Sprachkurses zur Verfügung steht bzw. Sprachkurse außerhalb von Kita-/Kiga- und Schulzeiten stattfinden.

Außerdem sind Anlaufstellen notwendig, die Hilfe und Unterstützung bei diskriminierenden Erfahrungen und Gewalt anbieten. Die Verbreitung der Information über solche Institutionen und der Zugang zu eben diesen müssen durch niedrigschwellige Angebote sichergestellt werden.

Regionalverband weiterdenken

- Wir möchten die behördlichen Strukturen zur besseren Vermittlung der deutschen Sprache an Migrant*innen stärken.
- Projekte zur Integration von Migrant*innen in Beruf und Gesellschaft, auch in Zusammenspiel mit ehrenamtlichen Vereinen, sollen gefördert werden.
- Der Regionalverband soll Anlaufstelle für Vereine und Organisationen sein, die sich eine bessere gesellschaftliche Integration von Jung und Alt zum Ziel gesetzt haben.
- Insbesondere wegen der älter werdenden Gesellschaft gilt es, die interkulturelle Seniorenarbeit in den bestehenden und neu zu schaffenden Einrichtungen auszubauen.
- Errichtung von Anlaufstellen für Menschen, die auf unterschiedlichste Arten diskriminiert wurden.

Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit

Der Regionalverband ist sozialer Brennpunkt im Saarland und einer der Hauptakteure in den Bereichen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und der Jugendhilfe. Wir wollen eine sozialorientierte Region, in der Verantwortung auch für die Schwächeren in der Gesellschaft übernommen wird. Wir setzen auch hier auf Prävention und Nachhaltigkeit. Das fängt bereits im Bereich der Jugendhilfe an und muss sich über eine Vielzahl präventiver Maßnahmen in den Gemeinwesen des Regionalverbandes fortsetzen. Der Verhärtung der Arbeitsmarktprobleme muss mit dem Aufbau eines Sozialen Arbeitsmarkts begegnet werden. Der von der Bundesregierung erzwungene Abbau der Bürgerarbeit geht hier in die exakt falsche Richtung.

Wegen der strukturell bedingten hohen Belastungen muss der Regionalverband stärker als bisher von Land und Bund finanzielle Unterstützung erfahren. Der kommunale Finanzausgleich muss so ausgeweitet und umgestaltet werden, dass die Sonderbelastungen im Regionalverband endlich angemessen berücksichtigt werden. Der Regionalverband muss seine Kompetenzen im Bereich des Jobcenters und der Arbeitsförderung ausbauen und die Aufnahme von Beschäftigung stärker fördern.

Unterstützungsangebote für die Schwachen in unserem Gemeinwesen müssen, wo möglich, als Hilfe zur Selbsthilfe angelegt sein. Insbesondere die vorbeugende Sozialarbeit muss weiter vernetzt und gestärkt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Chancengerechtigkeit, damit sie später ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Regionalverband weiterdenken

- Wir Grüne setzen uns ein für die weitere Förderung und Stärkung von Gemeinwesenprojekten und ähnlichen Ansätzen unmittelbar vor Ort, insbesondere an sozialen Brennpunkten.
- Wir wollen eine stärkere Förderung der Jugendberufshilfe und bessere Begleitung Jugendlicher beim Übergang von der Schule in den Beruf.
- Wir wollen einen Ausbau der Schulsozialarbeit und des Schulpsychologischen Dienstes.
- Wir wollen einen Ausbau der Schuldnerberatungen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Regionalverband zur Modellregion für einen Sozialen Arbeitsmarkt wird.
- Politik für Alle: nach dem Grundsatz Prävention ist besser als Reparatur.

F Bürgernähe und Verwaltungseffizienz weiterdenken

Bei seiner Gründung im Jahr 1974 hatte der Stadtverband Saarbrücken ca. 400.000 Einwohner*innen. Im Gebiet des heutigen Regionalverbands werden im Jahr 2030 weniger als 300.000 Menschen leben. Das heißt, die damaligen Verwaltungsstrukturen würden dann von einem Viertel weniger Menschen und damit weniger Steuerzahler*innen getragen werden müssen. Bereits jetzt stehen aber die Kommunen vor gewaltigen Schuldenbergen und Einsparzwängen. Wir brauchen allein deshalb schon eine schlanke, integrierte und effektive kommunale Verwaltungsstruktur für den Großraum Saarbrücken - alles andere werden sonst letztlich die Bürger*innen teuer bezahlen. Um Bürokratie abzubauen und den Gemeinden auch finanziell wieder Luft zum Atmen zu geben, setzen wir uns für eine kommunale Strukturreform ein – und zwar ohne Verluste an Bürgernähe und ohne Abstriche bei der Selbstverwaltung hinzunehmen. Tragender Gedanke dabei ist, dass es keine Verwaltung ohne demokratische Kontrolle durch die Verwalteten geben darf.

Wir Grüne haben bereits vor über zehn Jahren unser eigenes Modell vorgestellt: Wir plädieren für die Weiterentwicklung von Regionalverband, Landeshauptstadt und Umlandkommunen zu einer dezentralen „Regionalstadt Saarbrücken“, in der sich die Zuständigkeiten stärker als bisher an den Grundsätzen der Subsidiarität und der Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung ausrichten.

Wir brauchen nicht mehr in jeder Kleingemeinde für alles ein eigenes Amt mit eigener Infrastruktur. Es gibt viele kommunale Aufgaben, mit denen die Bürger*innen vor Ort nicht unmittelbar zu tun haben und die deswegen zusammengefasst werden können. Wir wollen überflüssige Verwaltungshierarchien verschlanken und Synergien sinnvoll nutzen. In vielen Bereichen können Bürger*innen von einer verbesserten interregionalen Arbeitsteilung und Spezialisierung profitieren – bei öffentlichen Einrichtungen im sozialen Bereich, bei Sport und Kultur. Gerade bei nachhaltigen Energiekonzepten und der Wirtschaftsförderung sehen wir Potenzial für eine

gemeinsame Strategie. Eine Strukturreform setzte dringend benötigte Mittel frei, um die Leistungen für die Bürger*innen in den heutigen Gemeinden zu verbessern. Grundlage aller Veränderungen muss eine umfassende Beteiligung der Bürger*innen sein – von Anfang an.

Transparenz muss Grundlage für jeden politischen und administrativen Prozess sein. Verwaltungsabläufe müssen transparenter gemacht werden und der Zugang zu Unterlagen muss erleichtert werden, so dass jede*r nachvollziehen kann, wie Entscheidungswege laufen und wo man sich einbringen kann. Ein wichtiges Instrument für eine stärkere Beteiligung von Bürger*innen sind Einwohnerfragestunden, die auf Initiative von uns Grünen im Regionalverband eingeführt wurde.

Regionalverband weiterdenken

- Wir setzen uns in allen kommunalen Gremien konsequent dafür ein, den nicht öffentlichen Teil der Sitzung zur Ausnahme zu machen. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, was in ihrer Kommune beraten wird.
- Wir werben für weitere freiwillige Zusammenarbeit von Gemeinden, um Geld für Bürokratie zu sparen und demokratisch tragfähige Strukturen zu schaffen.
- Es gilt Doppel- und Mehrfachstrukturen wie den Öffentlichen Personennahverkehr im Regionalverband, die Bauaufsichtsbehörden, die Sozialverwaltung usw. weiter abzubauen.
- Das Aufgabenspektrum der Kommunen muss konsequent gemäß den Kriterien Subsidiarität und Bürgernähe durchforstet werden. Das gleiche gilt für Aufgaben, die statt von den Kreisen effizienter vom Land wahrgenommen werden könnten.
- Viele Kommunen haben in den letzten Jahren Politikbereiche in Zweckgesellschaften ausgegliedert – Beispiele sind hier Abfall und Abwasser, die Tourismusförderung oder die Kulturförderung. Es ist uns wichtig, dass diese Gesellschaften konsequent demokratisch kontrolliert werden.
- Es gibt keine starke Region ohne ein starkes Saarbrücken. Der Großraum Saarbrücken ist das wirtschaftliche, kulturelle und politische Herz des Saarlandes. Der zentralörtlichen Funktion des Raums Saarbrücken wird im gegenwärtigen Finanzausgleich nicht hinreichend Rechnung getragen.
- Wir wollen den Integrationsauftrag für die Region wiederbeleben und setzen uns für den Eurodistrikt ein, um die Kooperation mit den französischen Nachbarregionen noch zu verstärken.